

## Niederschrift

über die Sitzung des Bauausschusses der Inselgemeinde Langeoog am Montag, den 01.02.2021, 18.30 Uhr im Haus der Insel

---

### **Es sind erschienen:**

Vorsitzender Kim Streitböger  
Stv. Bürgermeister J.-M. Janssen  
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies  
Ratsherr Sascha Bents  
Ratsherr Robin Kuper  
Ratsherr Piekarski

### **Es fehlt entschuldigt:**

Ratsherr Olaf Sommer

Bürgermeisterin Heike Horn  
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes  
Abteilungsleiter Marc Sjuts  
Protokollführer Martin Wirdemann

### **Tagesordnung:**

#### **Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Streitböger eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

#### **Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 11.01.2021**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bauausschusses vom 11.01.2021 wurden allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bauausschusses vom 11.01.2021 wird einstimmig genehmigt.

#### **Zu Punkt 5: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

#### **Zu Punkt 6: Überarbeitung der Satzung über die Gestaltung baulicher und sonstiger Anlagen sowie die Gestaltung von Werbeanlagen und Freiflächen (Gestaltungssatzung)**

- Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung der Gestaltungssatzung
- Erlass einer Veränderungssperre (siehe Vorlage-Nr. VO21-027)

Vorsitzender Kim Streitböger verliest die Vorlage.

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig

- die Aufstellung der 1. Änderung der Satzung über die Gestaltung baulicher und sonstiger Anlagen sowie die Gestaltung von Werbeanlagen und Freiflächen (Gestaltungssatzung)
- die in der Anlage beigefügte Satzung der Inselgemeinde Langeoog über die Anordnung einer Veränderungssperre gemäß § 84 Absatz 4 der Niedersächsischen Bauordnung in Verbindung mit den §§ 14, 16 und 17 des Baugesetzbuches in Verbindung mit den §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes.

**Zu Punkt 7: Erneuerung des Straßenausbaus Störtebekerstraße / Kirchstraße**

- Feststellung des Straßenabschnittes Friesenstraße bis Hauptstraße als Endausbau
- Feststellung des Endausbaus als Haupterschließungsstraße
- Beschluss über die Aufwandsspaltung gemäß § 8 Straßenausbaubeitragssatzung  
(siehe Vorlage-Nr. VO21-028)

Vorsitzender Kim Streitböcker verliest die Vorlage.

Ratsherr Kuper erkundigt sich, ob der Beschluss über die Aufwandsspaltung Einfluss auf die Standortfrage der zu setzenden Bäume hat. Ferner verweist er auf die Vorlage mit der Angabe der Beendigung des Bauprogramms im Jahr 2023.

Abteilungsleiter Sjuts teilt mit, dass der Aufwandsspaltungsbeschluss keinen Einfluss auf die Standortfrage der Bäume hat. Diese sind in der Vorplanungsskizze der Straßensanierung Friesenstraße – Hauptstraße zunächst nur als Platzhalter eingesetzt. Die genaue Standortbestimmung für die Bäume wird später erfolgen. Entgegen der Angabe in der Vorlage ist es richtig, dass die Beendigung der Gesamtausbaumaßnahme erst für 2023/2024 vorgesehen ist, so wie vom Rat am 19.09.2019 beschlossen.

Ob die Teilstrecke Friesenstraße bis zur Mittelstraße noch in diesem Frühjahr ausgebaut wird, hängt von der Witterung ab.

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig

- für die gesamte Reststrecke (Friesenstraße bis Hauptstraße) die von dem ersten, im Jahr 2019 gefassten Abschnittsbildungsbeschluss nicht erfasst ist, einen Abschnitt im beitragsrechtlichen Sinne zu bilden, so dass die für die Strecke des III. und IV. Bauabschnittes (Friesenstraße bis Hauptstraße) aufzuwendenden Kosten dann einheitlich gegenüber allen Anliegern dieser Strecke abzurechnen ist
- der Rat stellt gemäß der Straßenausbaubeitragssatzung fest, dass die Verkehrsanlage Friesenstraße – Hauptstraße in diesem Abschnitt überwiegend als Haupterschließungsstraße dient, so dass der Anteil der Inselgemeinde Langeoog am beitragsfähigen Aufwand

70% des beitragsfähigen Aufwands der Erneuerung der Teileinrichtung für Fahrbahnen nach § 4 Absatz 2 Nr. 2a

60% für Beleuchtungseinrichtungen und Einrichtungen zur Straßenentwässerung nach § 4 Absatz 2 Nr. 2d

und 40% für die Gehwege, Randsteine und Schrammborde sowie für Grünanlagen als Bestandteil der örtlichen Einrichtung nach § 4 Absatz 2 Nr. 2c

gemäß der Straßenausbaubeitragssatzung beträgt



- die Aufwandsermittlung und Erhebung der Straßenausbaubeiträge für die Erneuerung der Teileinrichtung für den Abschnitt Friesenstraße – Hauptstraße gemäß § 8 der Straßenausbaubeitragssatzung im Wege der **Aufwandsspaltung** durchzuführen und stellt gemäß § 9 der Satzung fest, dass die Beitragspflicht mit der Beendigung der Teilmaßnahme, frühestens jedoch mit dem Ausspruch der Aufwandsspaltung entsteht.

### **Zu Punkt 8: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten**

#### Seetrassen 2030

Bürgermeisterin Heike Horn berichtet von der Einleitung des Raumordnungsverfahrens für die Planung von zukünftigen Korridoren für Offshore- Anbindungsleitungen im Niedersächsischen Küstenmeer. Diesbezüglich hat heute eine Telefonkonferenz mit Herrn Sommer und Frau Bärbel Kaus von Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Prof. Dr. Kögler als anerkannter Fachmann für Horizontalbohrungen und der Verwaltung stattgefunden, um über Konsequenzen einer möglichen Trassenquerung durch Langeoog zu beraten. Als weitere Trassenführung steht noch Baltrum zur Debatte.

Prof. Dr. Kögler hat nach Sichtung der ausliegenden Unterlagen festgestellt, dass raumordnerisch nicht in die Tiefe geprüft wurde und somit auch auf die vorhandene Wasserlinse im Osten der Insel überhaupt nicht eingegangen wurde. Herr Prof. Dr. Kögler hat der Inselgemeinde Langeoog dringend geraten, sich gutachterlich beraten zu lassen, um im Rahmen der Auslegung eine Stellungnahme an das Amt für regionale Landesentwicklung Oldenburg verfassen zu können. Es könnten dauerhafte Schäden für Langeoog entstehen.

Aufgrund der Fristsetzung für die Abgabe der Stellungnahme bis zum 01.04.2021 ist enormer Handlungsdruck gegeben. Zuschussmöglichkeiten für Beratungskosten sind nicht bekannt. Eine Beantragung wäre auch aufgrund des Handlungsdruckes zeitlich nicht zu realisieren. Die Verwaltung wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten gegenüber dem Amt für regionale Landesentwicklung Oldenburg äußern.

In diesem Zusammenhang verweist Bürgermeisterin Horn auf die im Rathaus ausliegenden Unterlagen der Firma TENNET und ampron. Privatpersonen haben ebenfalls die Möglichkeit, im Rahmen der öffentlichen Auslegung Bedenken, Anregungen oder Hinweise gegenüber dem Amt für regionale Landesentwicklung in Oldenburg abzugeben.

### **Zu Punkt 9: Anregungen und Anträge**

- Stv. Bürgermeister J.-M. Janssen verweist auf die letzte Ratssitzung. Die Äußerungen der Bürgermeisterin, er habe sich im Rahmen der weiteren Verwendung des Kurviertels mit einem ehemaligen Ratsherren und einem Kommunalrechtler, den einige Ratsherren mit der rechtlichen Beurteilung der Veräußerungen von Teilen des Kurviertels beauftragen wollen, getroffen, entsprächen nicht der Wahrheit. Er sieht dies als Rufschädigung seiner Person an und weist die Vorwürfe entschieden zurück.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass ihre Aussage in der Ratssitzung, sie habe „dies auch anders gehört“, auf eine ihr zugetragene Mitteilung eines Bürgers basiere. Sie habe lediglich den Kontext wiedergegeben. Entsprechend steht dies auch so im Ratsprotokoll. Den Vorwurf der wissentlichen Falschaussage weist sie zurück.

Stv. Bürgermeister J.-M. Janssen widerspricht, dass diese Aussage unwahr ist und er dies auch belegen könne. Bürgermeisterin Horn kritisiert die öffentliche Bezeichnung der Lüge.

Eine rechtliche Klärung der Angelegenheit schließen beide Beteiligten nicht aus.

- Vorsitzender Kim Streitböcker verweist auf das Betriebsausschussprotokoll vom 23.07.2019 und verliest auszugsweise die Ausführungen des Herrn Ingo Eschen vom Architektur- und Ingenieurbüro Aurich zum Sachstandbericht der Auftragsvergaben des Anbaus KWC an das Freizeit- und Erlebnisbad. Er wies darauf hin, dass mögliche Fördergelder in Höhe von € 500.000,00 - € 600.000,00 nicht beantragt wurden. Die Beantragung hätte vor Baubeginn erfolgen müssen. Die Planskizze des 9. Entwurfes des Anbaus vom 30.06.2017 sowie die geänderte Fläche des Neubaus zur Berechnung der Kostenschätzung wird aus der damaligen Vorlage nochmals präsentiert. Die Kostenschätzung des Anbaus zur Größe von ca. 1.158 m<sup>2</sup> hätte dem Rat vorgelegen, der Kostenrahmen des Neubaus von ca. 1.270 m<sup>2</sup> wurde dem Rat jedoch nicht mitgeteilt bzw. vorenthalten. Die Unterlagen belegen, dass der Rat von den Kostensteigerungen keine Kenntnis hatte.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass die Verwaltung dem Rat vor der Entscheidung die richtige Zeichnung vorgelegt hat. Die beigefügte Kostenaufstellung hat allerdings zu der kleineren Lösung gehört.

Vorsitzender Kim Streitböcker kritisierte, dass der Rat immer wieder für erhöhten Kosten des neuen KWC's verantwortlich gemacht wird.

- Ratsherr Piekarski verweist auf die Vergabe der Tischlerarbeiten im Eingangsbereich des Freizeit- und Erlebnisbades und verliest einen Auszug aus dem Prüfungsbericht der Kommunalaufsicht des Landkreises Wittmund.

Bürgermeisterin Horn unterbricht Herrn Piekarski und weist darauf hin, dass Inhalte aus den Prüfungsberichten nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien. Ratsherr Piekarski teilt mit, dass dies bereits einmal öffentlich thematisiert wurde und verlas den Auszug dahingehend weiter, dass die Vergabe der Tischlerarbeiten strafrechtliche Relevanz haben könnte und der Gemeinde empfohlen wurde, die Strafverfolgungsbehörde einzuschalten.

Bürgermeisterin Horn verweist darauf, dass Ratsherr Piekarski mit der Verlesung des Auszuges aus dem Prüfungsbericht eigenverantwortlich gehandelt habe.

- Abteilungsleiter Marc Sjuts verweist auf den Einbau der Lichtplatten am Sportzentrum. Der Einbau erfolgte durch eigenes Personal nach Anbringung neuer Lattungen. Sorgen bereite die Dachkonstruktion. Bevor der Einbau weiterer Lichtplatten im oberen Bereich der Westseite erfolgen kann, muss eine statische Prüfung des Daches in Auftrag gegeben und anschließend eventuell auch Teile der Konstruktion nach den Vorgaben des Gutachters ausgetauscht werden. Die Halle kann bis auf weiteres nicht genutzt werden. Ein bereits im Jahr 2018 erfolgtes Gutachten hat ergeben, dass die Dachkonstruktion – soweit einsehbar – weitestgehend in Ordnung war.
- Ratsherr Kuper erkundigt sich über den Stand des Bürgerinformationssystems und des geplanten Live-Streams.

Bürgermeisterin Heike Horn teilt mit, dass zunächst das Audio-Streaming vorgesehen ist. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. € 7.000,00. Für das gesamte Equipment des Live-Streamings incl. Mikrofone etc. ist mit Kosten in Höhe von ca. € 30.000,00 zu rechnen. Von den angeforderten Angeboten liege bereits eines vor.



### Zu Punkt 10: Einwohnerfragestunde

- Uwe Garrels erkundigt sich nach den neu geplanten gestalterischen Vorgaben für Dachaufbauten. Diese sind in der Vorlage zu Punkt 6 nicht zur Diskussion gestellt. Verw.-ang. M. Wirdemann teilt mit, dass die geplante neue Textfassung für die Dachaufbauten in Vorbereitung sei und es zunächst darum geht, den Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung der Gestaltungssatzung und insbesondere eine Veränderungssperre zu erlassen, damit künftige Bauvorhaben, die den gestalterischen Vorgaben der z. Zt. gültigen Satzung widersprechen, zurückgestellt werden können. Die Zurückstellung von Bauvorhaben kann allerdings nur ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung der Veränderungssperre durch den Rat beim Landkreis Wittmund beantragt werden.
- Uwe Garrels erkundigt sich nach den Zuständigkeiten des Winterdienstes. Allgemeiner Vertreter R. Heimes teilt mit, dass gemäß der Straßenreinigungssatzung innerhalb der geschlossenen Ortslage die Reinigung der Straßen, die auch den Winterdienst beinhaltet, den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke auferlegt ist. Hierauf wird in den Bürgerinformationsschreiben auch wiederholt hingewiesen. Uwe Garrels spricht den Vollzug der Reinigungspflichten an.

#### Anmerkung der Verwaltung:

Am 02.02.2021 hat das Ordnungsamt Kontrollen in der bebauten Ortslage durchgeführt. Die Anlieger werden direkt auf ihre winterdienstlichen Verpflichtungen hin angeschrieben.

- Sven Klette verweist auf teils schlecht einsehbare Straßeneinmündungen durch zu hohen Baum- und Strauchbestand. Überhang und zu hoher Bewuchs stellen eine Gefahrenquelle dar. Die Verwaltung nimmt den Hinweis zur Kenntnis.

### Zu Punkt 11: Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.13 Uhr

---

Heike Horn  
Bürgermeisterin

---

Kim Streitböcker  
Vorsitzender

---

Martin Wirdemann  
Protokollführer